

Sächsische Zeitung

1908. Nr. 530.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Belegpreis für Halle u. Bismarck 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. für das Bismarckjahr.
Die Sächsische Zeitung erscheint wochentlich zwölf mal. — Gr. 411 x 581 mm. — Halle.
Gesamtverlag (Eigentümer): A. G. Zeitungsverlag Halle (Saale), Halle, Mittelstr. 17.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus.
Telephon 158; Telephon-Telephon 1272. Eing. Nr. Bismarckstr.
Verantwortl. Red.: Walter Geisenstein in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren I. B. (abgabefähige Zeitungen oder deren Name): Halle u. den Umkreis 20 Pf., Annaberger Bl. 5 Pf., Bismarck am Abend bei rechtzeitiger Zeit 10 Pf. 100 Hlg.
Vergütung: 20 Pf., 2. Ausgabe in Halle a. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-Expeditoren.

Dienstag, 10. November 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Bismarckstr. 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Schöde in Halle a. S.

Deutschland und Frankreich.

Die Nord-Alg. Ztg. schreibt: Durch den Staatssekretär in Scharf nach Ende Oktober dem französischen Botschafter in Berlin, Cambon, eine athenmäßige Darstellung der Vorgänge bei der Festnahme der Delegation in Casablanca übergeben und dabei die Bitte ausgesprochen worden, daß der französischen Regierung auch eine französische Darstellung der Vorgänge übergeben werde, die sich unmittelbar nach dem Beginn des Besatzungsrechts durch den Botschafter von Casablanca in Gestalt eines Berichtes des Polizeikommissars Dord in Casablanca zugegangen. Aus diesem Bericht ergeben sich die wesentlichen Umstände der Festnahme in der Reihenfolge der französischen Darstellungen. Die französischen Aussagen gehen dahin, daß mit dem Taktischen von dem Konsulatskolon und von dem Konsulatssekretär begonnen worden sei; weiter wird angegeben, daß der Beamte des deutschen Konsulats die Delegation gegenüber den französischen Marinekolon als seine Landeute bezeichnet und ihren Charakter als Delegation ausdrücklich verneint habe. Auch wurde es nach dem französischen Bericht angemerkt, daß sich die französischen Soldaten schon im Beginn des Zusammenstoßes klar darüber geseien sind, daß sie Angriffsgegenstand der deutschen Konsulats vor sich hatten. Ferner sollen gegen den deutschen Beamten von französischer Seite überhaupt keinerlei Anschuldigungen und Täuschungen stattgefunden haben. Die beiderseitigen Darstellungen des Zwischenfalles stimmen hierin so weit überein, daß der tatsächliche Vorgang weiterer Klärung bedarf durch erneute Erhebungen, sei es der beiderseitigen Behörden, sei es eines Schiedsgerichts.

Zu der französischen Darstellung des Zwischenfalles in Casablanca bemerkt die „Sächsische Zeitung“: Da die amtliche Darstellung der Vorgänge erst jetzt zur Kenntnis der deutschen Bevölkerung gelangt ist, konnte sie auch bisher nicht berücksichtigt werden. Aus dem Vergleich der deutschen und französischen Berichte ergeben sich die folgenden Widersprüche, und es ist den Franzosen das Recht zugesprochen, daß sie bis zum Ausbruch des Gegenfalls die Angaben ihrer Leute für richtig halten, ebenso wie wir das bei den unsrigen tun. Nach der bisherigen deutschen Auffassung war man wohl auf widersprechende Nachforschungen gefaßt, nicht aber, oder doch nicht in diesem Grade auf völlig abweichende Berichte über die Zeitfolge. Sobald auch diese in so hohem Grade kritisch sind, daß auch über sie eine Einigung durch weitere französisch-deutsche Verhandlungen nicht zu erwarten ist, so wird auch die deutsche Regierung den bisher eingenommenen Standpunkt nicht weiter verlassen können, und es ist anzunehmen, daß sie bei der weiteren Klärung keine Vorteile tragen wird, den ganzen Handel nicht nur in bezug auf die Zeitfolge, sondern auch in bezug auf die Zeitfolge einem Schiedsgericht zu überweisen.

Der „Matin“ veröffentlicht betreffs des Zwischenfalles von Casablanca eine Erklärung des deutschen Botschafters in Paris, Fürsten Radolin, in der es heißt: „Sie haben gleich mit der verständlichen Richtung der öffentlichen Meinung der beiden Länder gesehen. Angesichts ihrer persönlicher Gefühle kann man schwer annehmen, daß man nicht zu einer beide Mächte befriedigenden und deren Interessen wahren Lösung gelangen sollte.“

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Casablanca, General Dornier habe die Wut zu haben, Schwierigkeiten zu machen und eventuell den friedlichen Abstellenden eigenen Regierung entgegenzuwirken. Der General ist erklärt haben, er wolle unter keinen Umständen irgend einen Ausbruch seines Zorns gegenüber dem deutschen Konsulatskolon tun. Dornier wollte er Marokko verlassen, als ein solches Opfer bringen. Die französischen Offiziere unterliegen diesen Standpunkt und erklären, sie würden, falls der Ausbruch der Kontroverse ihnen nicht zuzugute, ihre Unzufriedenheit demonstrativ an den Tag legen.

Nach einer Meldung aus Paris hat der nationalpolitische Senator Gaubin de Villaine für heute, Dienstag, eine Anfrage an den französischen Senat über die Casablancangelegenheit angefordert.

Veränderungen in den Posten der deutschen diplomatischen Missionen.
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, sind in der Mitteilung der Posten der diplomatischen Missionen einige Veränderungen eingetreten. Dem Nachfolger des in den Rhein- und Westfalen Missionen in Madrid ist der bisherige Gesandte in Brüssel, Herr Graf v. Follmuth, ernannt, der in die Mission durch den derzeitigen Gesandten in Belgien, Grafen von Reinegg, nach Paris von Paris, und von Paris, der Gesandte, ernannt wird. Dem Gesandten in Belgien hat der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, v. Hagedorn, den bisherigen Gesandten in Rio de Janeiro, v. Hagedorn, ernannt, während nach Athen der durch Vertretungsweise in Tanager tätige gewesene derzeitige Gesandte in Mexiko Freiherr v. Wangenheim berufen und der Posten in Mexiko dem bisherigen Generalkonsul in New-York Herr Legationsrat v. Wangenheim verliehen worden ist. Auf den durch den Tod des Herrn Sped von Sternburg frei gewordenen Posten.

schäferposten in Washington geht der bisherige diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo, General Graf v. Bernstorff, als dessen Nachfolger der derzeitige Postfachrat in Washington Graf v. Jagdell-Wildenburg in Aussicht genommen ist.

Zur Lage auf dem Balkan.

Die bulgarische Regierung hat am Montag die Entlassung des ältesten Jahrgangs aller Waffengattungen verfügt, der jetzt seine Dienstzeit beendet hat. Der Grund zu dieser Verfügung liegt einerseits darin, daß die Regierung neuerlich ihre Friedensliebe bekräftigen will, andererseits in Sparmaßregeln. Der Montag Nachmittag bieten die bulgarischen und türkischen Delegierten ihre letzte Sitzung ab, in welcher auch der Direktor der Orientbahnen, Graf von Ostrowitz, die Interessen der Orientbahnen nicht durch die Bulgarier, sondern nur durch die Bulgaren vertreten zu wollen und hätte sich hierbei auf ein hierauf bezügliches früheres Verlangen Bulgariens.

Wäthelmedlungen zufolge findet die Eröffnung des türkischen Parlaments am 28. Nov. statt. Der Kaiser von Serbien empfing am Montag eine Deputation der Moledaner Bosniens und der Herzegowina und darauf eine Deputation des Gemeinderats von Serajewo. Die hierbei gehaltenen Reden des Kaisers wurden mit begeisterten Zitiervorträgen aufgenommen.

Deutsches Reich.

* Der Bundesratsausschuß. Die in München erscheinende „Korrespondenz-Blatt“ schreibt: Wie wir vernehmen, wird der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten am Donnerstag, den 12. November, zusammentreten. Staatsminister Freiherr v. Podewils wird sich hierzu nach Berlin begeben.

* Das neue Kaiserinterview. Aus New-York wird gemeldet: Die Monatszeitung „Century Magazine“ erklärt, daß ein Artikel über den deutschen Kaiser aus der Feder von William Howard Hale vom Autor zurückgezogen wurde, da er der Uebersetzung ist, daß es in Anbetracht der Ereignisse der jüngsten Tage unpassend für ihn wäre, ihn zu veröffentlichen.

* Der Besuch des Kaisers in Oesterreich. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer „Wochen-Rundschau“: „Der Besuch Sr. Majestät des Kaisers und Königs beim Erzherzog Franz Ferdinand auf Schloss Salsburg sowie die Begleitung ihrer Herrlichkeit mit Sr. Majestät dem Kaiser und König Franz Josef in Schönbrunn haben einen Verlauf genommen, der neuerdings abgibt für die im Jahre 1907 abgefaßte, die untern Kaiser mit dem erhabenen Monarchen auf dem Thron des Kaiserthums und mit dem Erzherzog Franz Ferdinand verbindet. Die Tage von Schönbrunn und Salsburg haben erneut die Festigkeit der zwischen den Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn bestehenden Bundesgenossenschaft bekräftigt, die in ihrem ein Menschlichen während des Besuchs sich als Ausdruck bleibender, grundlegender Interessengemeinschaft erwiesen hat und die Gewähr für ungewinkelte Fortdauer in der Zukunft in sich trägt.“

* Der Kaiser in Donauufingen. Seine Majestät der Kaiser fuhrt am Montag von der Jagd gegen 5 Uhr nachmittags zurück.

* Todesfall. General Otto von Strubberg, früherer Generalinspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, ist in Berlin im Alter von 87 Jahren gestorben.

* Die Rechtskommission der Arbeiterkammer hat ihre Tätigkeit nach vielen arbeitsrechtlichen Sitzungen beendet und wird am kommenden Mittwoch der Vollkommission im Entwurf eines neuen revidierten Text der Berner Konvention zur Prüfung vorgehen.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung vom 9. November, 2 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten v. Weismann-Föllme, v. Arnim.
Das Weingeisetz.

Die erste Lesung des Entwurfes eines Weingeisetzes wird fortgesetzt.
Herr Berner (D. Reichst.) Am Sonntag hat vor der Preisgerichtlichen Jurorschaft den Entwurf des Weingeisetzes in Bremen und Hamburg gibt es viele Heilbeeren, und Heidelbeeren mag ein angenehmes Getränk sein, aber niemand will Heidelbeeren für Wein oder Weiswein trinken. Was die geistliche Bewegung der Forderung betrifft, so bin ich für den 31. Dezember und gegen den 31. Januar. Die Verfertigung der Selbstkontrollen begünstigt, ihre Notwendigkeit ist durch den Herr Sartorius zu wenig erwiesen. Im Zukunft muß wieder gelten: im Wein liegt Wahrheit ganz allein.

Herr Berner (H. Reichst.): Den Ausführungen meines Freundes Dr. Hagedorn kann ich nicht in allen Punkten zustimmen. Ich halte mich an das Weingeisetz, nicht an den Wein, den Herr Weismann-Föllme hier bei uns zu erheben, wenn er im Selbstvertrick gesehen kann. Uns ist es schon sicher geworden, den Anforderungen des Gesetzes von 1902 gerecht zu werden. Gegen eine Verschärfung der Strafbestimmungen haben wir nichts einzuwenden.

Wenn. Bei unserem 75jährigen Jubiläum hätten wir den preussischen Landwirtschaftsminister bei uns zu Gast und feierten erheben wir uns seiner kräftigen Förderung. Umsonst würden wir es bedauern, wenn man die Reichsregierung aus Schwierigkeiten machte, die eine Gegenwirkung ausüben könnten. Die neuen Festsetzungen über die Zuckerung können wir nicht aufheben. Gewiß kann die Zuckerung nur ein Anzeichen sein, aber der junge Wein muß doch die nötige Zeit haben. Auch die umfangreiche Kontrolle können wir unseren kleinen Wäzern nicht zumuten. Ich hoffe, die Kommissionsberatung wird den örtlichen Verhältnissen die gebührende Rücksicht schenken. (Beifall rechts.)

Herr Schwann-Weissenborn (H. Reichst.): Die Forderungen der Wäzler sind schon wegen der ungenügenden eingetragenen Gegenleistung berechtigt. Die Rentabilität des Weinbaus ist zurückgegangen. Die Erhebung im Weinbau ist allgemein. Die Weinbaufläche hat nicht wesentlich zugenommen, aber die Produktion ist um 20 Millionen seit 1880 gestiegen. Die Weinproduktion hat sich fast verdoppelt, aber dabei steigt viel mehr unter der Flagge des Weins, was nicht Weins ist. Die Weinsteuer ist von agrarischer Seite angezogen worden. Im Jahre 1906 hat Herr Graf Henck die Weinsteuer empfinden und ihren Ertrag auf 50 Millionen herabgesetzt. Die Vorgabe kann eine Verringerung der jetzigen Verhältnisse bringen.

Herr Kaiser (H. Reichst.): Wenn die Verhandlungen diesmal zulässig verlaufen sind, so liegt es daran, daß der öffentliche Kritik im Frühjahr ein Vorkontrollverfahren vor sich hat; so sollte man stets vorgehen. Die widerstreitenden Interessen zwischen Pfalz und Mosel sind in der Beratung wieder hervorgetreten. Das Prinzip, aber die Forderung der Hälfte, sollte für gerechtfertigt. Aber die Zuckerung darf nicht wieder werden. Erst der Weinhandel hat den deutschen Wein zur Geltung gebracht. Wenn der Händler einen Wein nicht durch Verschnitt unter einem geeigneten Namen in den Handel bringen kann (Hört! hört! rechts), so leidet mit dem Handel auch der Wäzler. Die Strafbestimmungen müssen klarer gefaßt werden. Gegen Kaufschleichungen muß der Weinhandel Einpruch erheben.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) eröffnet von der Vorgabe eine Widerlegung des Wäznerverbandes.

Herr Ogen (H. Reichst.) eröffnet vom Entwurf gleichfalls Widerlegung des Wäznerverbandes.

Herr Ogen (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.

Herr Weissenborn (H. Reichst.) erweitert die Widerlegung des Weingeisetz-Entwurfes.



